Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 20 — Donnerstag, den 16. Februar 1928 — 41. Jahrgang

800000.

Massenkämpfe im Wirtschaftsleben.

Mit Mühe und Not war im letzten Augenblick die Anstrengung des Kampfes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der eisenschaffenden Industrie vermieden worden dadurch, daß staatlicherseits sowohl Lohnerhöhungen wie Verkürzungen der Arbeitszeit den Arbeitgebern auferlegt wurden. Einen gewissen Ausgleich versuchten dann die Eisenindustriellen durch eine Heraufsetzung der Eisenpreise herbeizuführen und die Regierung konnte sich der Berechtigung dieser Maßnahme nicht verschließen. Fast eine unmittelbare Fortsetzung erfuhren nun diese Auseinandersetzungen durch einen Streik, der in der eisenverarbeitenden Industrie Mitteldeutschlands ausbrach. Daß es dazu kam, liegt wohl zum großen Teil daran, daß der staatliche Apparat des Schlichtungswesens nicht ordentlich und schnell funktionierte. Gegenüber der Forderung einer Lohnerhöhung der Gewerkschaften um 15 Pfennig hatte der Schlichter 3 Pfennig für die Arbeitsstunde mehr bewilligt, aber die Arbeitgeber konnten beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches nicht durchsetzen. Da nämlich bereits zahlreiche Betriebe in den Streik getreten waren, glaubte der Reichsarbeitsminister, daß eine solche Verbindlichkeitserklärung praktisch unwirksam bleiben würde. Die Gewerkschaften kommen nämlich dann, wenn eine solche Verbindlichkeitserklärung erfolgt, die Arbeiter aber zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu bewegen sind, in eine recht üble Lage, weil der Streik dann zu einem „wilden" wird, Streikunterstützungen also nicht gezahlt werden dürfen. Wenigstens können die Gewerkschaften dann auf gerichtlichem Wege haftbar gemacht werden. Da der Streik in Mitteldeutschland schon einige Zeit währte, auch in der schon immer von Kämpfen durchtobten Berliner Metallindustrie sich allerhand Ähnliches vorzubereiten schien, hat jetzt der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller die Gesamtaussperrung in der deutschen Metallindustrie zum 22. Februar beschlossen. Damit würden 800 000 Arbeiter gezwungen sein, die Arbeit niederzulegen.

Selbstverständlich hat diese Ankündigung einer „Sympathieaussperrung" sehr erhebliches Aufsehen erregt, da wir ja überhaupt anscheinend vor einem Massenkampf in der deutschen Schwerindustrie stehen. Denn auch im Bergbau gärt es schon sehr bedenklich; seit längerer Zeit sind die Abkommen gekündigt und die Bergarbeiterschaft hat sehr erhebliche Forderungen hinsichtlich Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung gestellt. Wieweit das Schlichtungsverfahren unter solchen Umständen überhaupt noch zu wirken vermag, läßt sich vorläufig nicht absehen, da sich besonders auf Arbeitgeberseite überhaupt sehr starke Widerstände gegen dieses Zwangsverfahren geltend machen. Man ist dort der Ansicht, daß das jedesmalige Eingreifen des Staates in die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dem Wesen des freien Tarifvertrages widerspricht, daß nur zwischen diesen beiden Gruppen Vereinbarungen über Lohn und Tarif getroffen, gegebenenfalls ausgekämpft werden müssen. Andererseits aber sollen solche Massenkämpfe doch eine so große Wirkung auf die gesamte Wirtschaftslage des Staates aus, ihre Folgen können derartig verheerende sein, daß man das Eingreifen des Staates als lebensnotwendig um so mehr betrachten muß, als ja Deutschland schwerste Verpflichtungen nach außen hin hat. Vor dem Kriege war es anders: damals konnte ein freies Wettspiel der Kräfte erfolgen, ohne daß gleich fast die ganze Struktur des Staates bedroht wurde.

Schließlich aber sollten doch beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, etwas aus dem größten Wirtschaftskampf der letzten Jahre, dem englischen Bergarbeiterstreik nämlich, gelernt haben, der dem Wirtschaftsleben Englands schwerste, noch jetzt blutende Wunden schlug. Beide sind sie nicht glücklich geworden, weder die Arbeiter noch die Unternehmer. Und über das eine muß man sich auch klar sein: viele Zeichen sprechen dafür, daß die Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur sich sehr schnell ihrem Ende nähert. Damit wird sie auch noch besonders ungünstig für die Austragung solch großer Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, wie sie zum mindesten geplant sind.

Gegen die Riesenaussperrung.

Der Gesamtvorstand des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter erläßt zu dem Aussperrungsbeschluß in der deutschen Metallindustrie eine Erklärung, aus der ersichtlich ist, daß er gewillt ist, den Kampf gemeinsam mit dem freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverband durchzuführen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat eine Sitzung seines Beirats nach Stuttgart einberufen, um zu der Erklärung der Arbeitgeber Stellung zu nehmen. Wie erklärt wird, ist er finanziell für den Kampf durchaus gerüstet.

Die sächsischen Wirtschaftskreise sind, wie aus Dresden bekannt wird, wegen der drohenden Aussperrung der Metallarbeiter in besonderer Sorge; denn ein volles Drittel der von der Aussperrung bedrohten 800 000 Arbeiter ist in sächsischen Betrieben beschäftigt. q

Man hofft daher hier dringend, daß die Reichsregierung sich nicht mit weiterem Abwarten begnügt, sondern schnellstens eingreift, um eine Erweiterung des mitteldeutschen Konfliktes unter allen Umständen zu verhüten.

Reichstagswahl wahrscheinlich im Mai.

Entscheidung bis Mittwoch vertagt.

Dienstag früh begannen im Reichstag die abermaligen Beratungen des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien. Zwei Stunden lang unterhielt man sich noch einmal über die strittigen Paragraphen des Schulgesetzes, ohne daß man zu einem wesentlichen Resultat kam. Es wurde vereinbart, die Fraktionen sollten die Einzelheiten ebenfalls noch durchsprechen, worauf Mittwoch der Interfraktionelle Ausschuß zum drittenmal tagt. Jedenfalls überwog der Eindruck, alle Verhandlungen über das Schulgesetz seien endgültig als gescheitert zu betrachten und daß dem Ausschuß nichts übrigbleiben wird, als diese Tatsache zu konstatieren. Herr von Guérard, der im Augenblick maßgebende Führer des Zentrums, soll vorgeschlagen haben, nach der Reichstagsauflösung die Neuwahlen im Mai vornehmen zu lassen. Die anderen Parteien hofft man für diesen Termin zu gewinnen.

Aus den Fraktionssitzungen der beteiligten Parteien, die Dienstag nach Vertagung des Interfraktionellen Ausschusses abgehalten wurden, drang nichts Erhebliches an die Öffentlichkeit. Es besteht die größte Wahrscheinlichkeit für ein

einstweiliges Weiterbestehen der Regierung

bis nach der Erledigung des Reichshaushalts, des Nachtragsetats, der Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft und vielleicht des Kriegsschädengesetzes. Ausscheiden würde allerdings die vorbereitete Reform des Strafrechts. Diese Arbeiten würden bis Ende März zu erledigen sein. Bei der noch nicht feststehenden Zustimmung der übrigen Parteien wäre, wie man zuverlässig hört, das Zentrum bereit, unter diesen Bedingungen seine Minister in der Reichsregierung zu belassen.

Wenn diese Pläne reifen, würde dann das Kabinett dem Reichspräsidenten vorschlagen, die Auflösung des Reichstages auszusprechen und die Neuwahlen ausschreiben zu lassen.

Es heißt, daß Reichskanzler Marx sich mit dem Vorschlag des Zentrums einverstanden erklärt und seine Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, in dem geschilderten Sinne zu wirken. Es soll im Reichstag bei den noch zu bewältigenden Aufgaben mit größter Beschleunigung vorgegangen und namentlich die Begrenzung der Reden auf das Notwendigste vorgenommen werden. Mit der Verabschiedung des genannten gesetzgeberischen Stoffes wäre auch den in dem Reichspräsidentenbrief an Marx ausgesprochenen Wünschen entsprochen. Die in den letzten Tagen ausgesprochene Idee eines Beamtenministeriums scheint fallen gelassen zu sein.

Der Offiziersersatz in Deutschland.

General Gröner über die Reichswehr.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages behandelte Reichswehrminister Gröner Fragen, die im Laufe der Ausschußverhandlungen über die Reichswehr von den verschiedenen Rednern aufgeworfen worden waren. Zunächst kam er auf das Offizierskorps zu sprechen. Er betonte dabei, daß nicht Herkunft, soziale Verhältnisse und Examina für die Einstellung der Offiziersanwärter maßgebend sein dürften, sondern der Charakter und der ganze Mensch. Allerdings müßte

ein bestimmtes Bildungsniveau

zur Einstellung in das Offizierskorps vorhanden sein. Für Nichtabiturienten und Volksschüler sei es schwierig, sich den nötigen Bildungsgrad zu verschaffen. Was den Offiziersersatz anbelangt, so müßte der Minister das letzte Wort dabei sprechen. Der Prozentsatz des Adels in der Reichswehr betrage 20 Prozent gegenüber 31 Prozent im alten Heere. Der Minister erklärte, daß er in seiner langen Laufbahn nicht den geringsten Unterschied zwischen adligen und anderen Offizieren gefunden habe. Die Mißhandlungen werde er

mit Feuer und Schwert ausrotten.

Aus dem politischen Kampf der Meinungen müsse die Reichswehr herausbleiben. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold habe politischen Charakter und habe es auch wiederholt ausgesprochen. Der Arbeiterturn- und Sportbund bezeichnet sich selbst als klassenkämpferisch. Die Kriegervereine haben ihren unparteilichen Charakter bewiesen. Im Jahre 1927 seien 178 Beschwerden aus Presse, Parlament usw. an das Reichswehrministerium gelangt. Von diesen Beschwerden haben sich 144 als unbegründet erwiesen. Der Minister erklärte weiter, daß er sich nicht scheuen werde, auch

von der Wehrmacht der Deutschen Republik zu sprechen.

Er hoffe, daß das auch von den Offizieren so aufgefaßt wird, daß es keine Schande sei, dem neuen Staate zu dienen. General Gröner betonte zum Schluß, daß unsere 100 000 Mann uns heute ebensoviel kosten wie 300 000 vor dem Kriege.

Kurzfristige Anleihen der kleinen Städte.

Feststellungen des Reichsstädtebundes.

Der Reichsstädtebund, die Spitzenorganisation der Klein- und Mittelstädte, hat Feststellungen über die Höhe der nichtfundierten kurzfristigen Anleihen in 925 Mittel- und Kleinstädten bis zu 30 000 Einwohnern mit einer Gesamteinwohnerzahl von 6,3 Millionen Einwohnern getroffen.

Dabei hat es sich herausgestellt, daß 515 der befragten Städte nichtfundierte kurzfristige Anleihen aufgenommen haben, die sich am 1. Januar 1928 auf etwa 96 Millionen Mark beliefen. Etwa 33 Millionen Mark oder 35 Prozent der Schuldsumme dienen Wohnungs- und Siedlungszwecken, 16 Millionen oder 17 Prozent wurden Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken sowie sonstigen werbenden Betrieben zugeführt und ebenfalls etwa 16 Millionen Mark oder 17 Prozent sind für Straßen-, Brücken-, Kanalisations- und andere Tiefbauarbeiten und für Notstandsarbeiten aufgenommen worden.

In Anbetracht dieser durchaus dringlichen Zwecke weist der Reichsstädtebund in einer Eingabe an den Reichsfinanzminister und an den Reichsbankpräsidenten darauf hin, bei den Entschließungen über die Abdeckung der kurzfristigen Anleihen durch Auslandsanleihen auch die Mittel- und Kleinstädte gebührend zu berücksichtigen. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes wird sich am 16. und 17. d. M. anläßlich seiner Tagung mit der Frage beschäftigen.

Zwischenkredite für Kleinwohnungen.

Entschließung des Wohnungsausschusses.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages nahm eine Entschließung an, die dem Haushaltsausschuß des Reichstages zugeleitet werden wird. In ihr wird der Reichsarbeitsminister ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister zur Förderung der Gewährung von Zwischenkrediten für den Kleinwohnungsbau sich bis zu einem Betrage von zehn Millionen Reichsmark an einer Kapitalerhöhung der Deutschen Bau- und Bodenbank A.-G. in Berlin zu beteiligen. Das Reich muß am Gesamtkapital mit mindestens 51 Prozent beteiligt sein. Ferner soll die Bürgschaft bis zu einem Betrage von 200 Millionen Reichsmark an diese Bank übernommen werden. Die Summe soll zu Zwischenkrediten für den Kleinwohnungsbau verwendet und im Rechnungsjahr 1928 aufgenommen werden. Voraussetzung für die Gewährung der Zwischenkredite ist die Sicherstellung der völligen Finanzierung des Bauvorhabens. Die Hauszinssteuer muß bewilligt und der Nachweis des Eigenkapitals erbracht sein.

Polens Handel mit Deutschland.

Das Interesse der Landwirte.

Der polnische Landwirtschaftsminister hielt beim Empfang einer Abordnung polnischer Landwirteorganisationen in Warschau eine beachtenswerte Rede. Die polnischen Landwirte hatten dargelegt, daß sie an einem polnisch-deutschen Handelsvertrage nur dann Interesse hätten, wenn ein solcher Vertrag die Ausfuhr polnischer landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland auch erleichtere.

In seiner Antwort führte der Landwirtschaftsminister aus, daß man einen deutsch-polnischen Handelsvertrag am kürzesten charakterisieren könne: Die Einfuhr deutscher Industrierzeugnisse nach Polen sowie die von polnischen landwirtschaftlichen Produkten und polnischer Kohle nach Deutschland ist zu umreißen, der Umfang des beiderseitigen Umsatzes muß aber mehr oder minder der gleiche sein. Deshalb ist, vom polnischen Gesichtspunkt aus gesehen, ein Vertrag mit Deutschland nur dann möglich, wenn den landwirtschaftlichen Erzeugnissen Polens die Ausfuhr nach Deutschland geschert ist. Die deutschen wirtschaftlichen Kreise müssen sich vergegenwärtigen, daß ohne Ermöglichung der Ausfuhr polnischer landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland ein deutsch-polnischer Handelsvertrag für Polen nicht von Interesse ist, zumal die Ackerbautreibenden in Polen zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen.

Der Minister betonte schließlich, daß die polnische Landwirtschaft nicht die Absicht habe, ihre Forderungen zu überspannen, um dadurch eine Krise in der deutschen Landwirtschaft hervorzurufen. Er spricht die Hoffnung aus, daß bei entsprechender Behandlung eine Verständigung gelingen werde.

Führertagung des Landarbeiterbundes.

Ansiedlung von Landarbeitern.

Der Reichslandarbeiterbund hielt eine Führertagung in Berlin ab. Über „Die Bedeutung intensiver Landwirtschaft für unser Volk und für die Landarbeiterschaft" sprach Abgeordneter Frhr. v. Richthofen-Boguslawitz. Er forderte, daß Arbeitslosenunterstützung nur an die bezahlt werden dürfe, die andere Arbeit nicht erhalten können. Über „Landarbeitsforschung als Hilfsmittel intensiver Wirtschaftsweise" sprach Prof. Dr. Derlitzki, Direktor der staatlichen Versuchsanstalt Pommritz i. Sa. Reichstagsabgeordneter Paul Giese hielt ein Referat über „Landarbeitersiedlung als Aufstiegsmöglichkeit für die Landarbeiterschaft". Ein Riegel gegen die Abwanderung sei lediglich eine vernünftige Siedelung, indem fähige Arbeiter auf eigener Scholle als Siedler eingesetzt würden.

Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Not der Landwirtschaft bedroht die Existenz der Landarbeiter. Diese richten daher an die Öffentlichkeit, die Parlamente und die Regierung die ernste Mahnung, alles zu tun, was irgend möglich ist, um die drohende Agrarkatastrophe zu verhindern. Die bisherige Siedlungstätigkeit hat der Landarbeiterschaft durchweg nur Nachteile gebracht. Es wird daher Wiederherstellung der Rentabilität aller landwirtschaftlicher Arbeit und vermehrte Ansiedlung von tüchtigen Landarbeitern mit Hilfe staatlicher Einrichtungskredite gefordert.

Arbeiter auf das Land!

Größere Bodenständigkeit.

Die Regierungsparteien haben im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280216-14/fragment/page=0001

Die Durchführung des neuen Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat auf dem platten Lande Folgen gezeitigt, die den ländlichen Arbeitsmarkt höchst ungünstig beeinflussen. Arbeitskräfte, die früher alljährlich in der Landwirtschaft, vor allem in der Forstwirtschaft, den Winter über gearbeitet haben, entziehen sich jetzt auf Grund des Wegfalls der Bedürftigkeitsprüfung und wegen der höheren Versicherungsleistungen derartigen Arbeiten. Außerdem birgt der jetzige Zustand die Gefahr in sich, daß auch die bodenständigen Arbeitskräfte veranlaßt werden, einer ständigen und damit geringer bezahlten Arbeit aus dem Wege zu gehen und durch Uebernahme von verhältnismäßig hoch entlohnter Saisonarbeit in eine möglichst hohe Unterstützungsklasse zu kommen, um dann möglichst großen Vorteil von der Arbeitslosenversicherung zu ziehen. Sind diese Mißstände und Gefahren der Reichsregierung bekannt? Welche Maßnahmen gedenkt sie im Einvernehmen mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu treffen, um die den Arbeitswillen lähmenden Mißstände zu beseitigen und um die Arbeitsbeschaffung, als wichtigste Maßnahme in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wieder in den Vordergrund zu rücken?

Politische Nachrichten

Die Reichspost im dritten Quartal 1927.

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht ihren Bericht über das dritte Viertel (Oktober bis Dezember) des Wirtschaftsjahres 1927. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer ist auf 2 009 842 angewachsen. In den Monaten Juli bis September 1927 wurden in Deutschland 657 Schwarzhörer (gegen 455 im gleichen Zeitraum des Vorjahres) rechtskräftig verurteilt. Die Einnahmen haben sich infolge der anhaltenden guten Konjunkturverhältnisse günstig entwickelt. Die Ausgaben hielten sich in den durch die eingeleiteten Sparmaßnahmen beabsichtigten Grenzen. Es wurden 559,5 Millionen Mark eingenommen und 524,5 Millionen Mark ausgegeben.

Der Anschluß Waldecks an Preußen.

Ein preußischer Entwurf zu einem Staatsvertrag über die Vereinigung Waldecks mit Preußen ist bei der Landesvertretung von Waldeck eingegangen. Nach dem Entwurf wird mit Wirkung vom 1. April 1929 ab das Gebiet des Freistaates Waldeck mit demjenigen des Freistaates Preußen zu einem einheitlichen Staatsgebiet Preußen vereinigt. Es ist vorgesehen, den Anschluß von ganz Waldeck an die Provinz Hessen-Nassau und insbesondere an den Regierungsbezirk Kassel zu vollziehen. Infolge der Vereinigung werden alle Waldeckschen Staatsangehörigen preußische Staatsangehörige werden. Das Eigentum am Bad Wildungen soll frei von Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden an den Preußischen Staat übergehen. Der Preußische Staat wird für die Errichtung eines entsprechenden Kurhauses an der bisherigen Stelle Sorge tragen.

Hemmnisse beim Saarabkommen.

Kurz vor Abschluß der deutsch-französischen Saarverhandlungen sind, wie aus Saarbrücken gemeldet wird, gewisse Schwierigkeiten aufgetreten, da die Franzosen unerwartet neue Wünsche vorbrachten, die von den deutschen Vertretern nicht angenommen werden konnten. Die deutsche Delegation vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß das neue Abkommen auf der bisherigen Grundlage abgeschlossen werden sollte. Die deutsche Delegation hat keine neuen Wünsche geäußert und die neuen Forderungen der Franzosen haben starke Überraschung hervorgerufen. Es ist immerhin nicht ausgeschlossen, daß es wegen der französischen Haltung zum Abbruch der Verhandlungen kommt.

Württembergische Beamtenbesoldung.

Die württembergische Regierung hat die neue Besoldungsordnung im Landtag eingebracht. Die Regierung ist bei der Bemessung der Gehaltsaufbesserung davon ausgegangen, daß die württembergischen Beamten keine gerige Aufbesserung erhalten dürften als die Reichsbeamten. Die im Jahre 1920 eingeführte zweijährige Aufrückung ist beibehalten worden, auch der Kinderzuschlag ist geblieben. Er soll aber künftig in einer für alle Altersstufen gleichen Höhe von monatlich 20 Mark gewährt werden. Der Frauenzuschlag ist in das Grundgehalt aufgenommen worden und daher als besonderer Zuschlag fortgefallen. Als Ausgleich dafür soll nach dem Beamtengesetz der ledige Beamte bis zum vollendeten 45. Lebensjahre einen um eine Tarifklasse niedrigeren Wohnungsgeldzuschuß erhalten. Im allgemeinen handelt es sich für Württemberg um einen jährlichen Mehraufwand von 20 Millionen Mark.

Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Schiedsvertrag.

Wie von zuständiger Stelle bestätigt wird, finden zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zurzeit in Washington Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages statt. Die Anregung hierzu ist nach Abschluß des französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages von den Vereinigten Staaten ausgegangen. Deutschland ist grundsätzlich bereit, einen solchen Schiedsvertrag abzuschließen. In welcher Form dies geschehen soll, wird jedoch Sache der juristischen Sachverständigen sein.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und der preußische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten haben die dem Reichsminister des Innern von Keudell gehörenden, im Kreise Königsberg (Neumark) bei Hohen-Lübbichow gelegenen Oderhänge bei Bellinchen zum Naturschutzgebiet erklärt.

Darmstadt. In der Landtagssitzung wurde der Bürgermeister Adelung-Mainz mit 42 Stimmen bei 19 Enthaltungen zum hessischen Staatspräsidenten gewählt. Gegen die Wahl stimmten die fünf Kommunisten. Zwei Stimmen waren zersplittert. Adelung übernimmt auch das Kultusministerium, während die übrigen Ministerien wie bekannt besetzt werden.

Oslo. Die neue norwegische Regierung Mowinkel ist vom König ernannt worden. Der Führer der radikalen Linken, Mowinkel, übernimmt neben dem Ministerpräsidium gleichzeitig das Auswärtige Amt. Das neue Kabinett hat ebenfalls nur eine Minderheit im Parlament.

Odessa. Das hiesige Gericht verurteilte Dobrowolski, den Mörder des italienischen Vizekonsuls in Odessa, Cozzio, zum Tode. Der Helfer der dem Gemordeten geraubten Sachen, Gukowitsch, erhielt eine dreijährige Gefängnisstrafe.

Alexandria. Die Versammlung der griechisch-orthodoxen Kirche gibt bekannt, daß die Kirche am 1. Oktober den gregorianischen Kalender einführen, d. h., in ihrer Zeitrechnung dreizehn Tage ausfallen lassen wird.

Tsinanfu. Sämtliche Mitglieder der deutschen katholischen Missionsstation in Polichuang in Westschantung, die von chinesischen Räubern überfallen worden waren, sind unverletzt befreit worden.

Aus der Umgegend

Nebra, 16. Februar.

— **Fußball.** Seit unserem letzten Berichte im November 1927 sind folgende Fußballspiele ausgetragen worden:
In Nebra am 4. 12. 1927 = Nebra I gegen Laucha I Nebra hat 3:2 gewonnen.
In Laucha am 15. 1. 1928 = Nebra I gegen Laucha I Nebra hat 5:4 gewonnen.
In Nebra am 22. 1. 1928 = Nebra I/II komb. gegen Artern II/III komb. Unentschieden 5:5.
In Nebra am 12. 2. 1928 = Nebra I gegen Frankenhausen I Frankenhausen 4:0 gewonnen.
Zu dem letzten Spiel ist zu erwähnen, daß es trotz der Niederlage ein großer Erfolg für die Nebraer Sport-Vereinigung war, denn Frankenhausen hatte nicht die geforderte II. Mannschaft, sondern ihre I. Mannschaft geschickt. Da sich nun in dieser I. Mannschaft mehrere Ligaspieler von Leipzig, Regensburg, Torgau und Eisleben befanden, wurde von vornherein mit einer hohen Niederlage der hiesigen gerechnet. Alle Fußballanhänger wurden aber angenehm enttäuscht, denn die ganze Mannschaft der Nebraer kämpfte entschlossen bis zur letzten Minute und konnte besonders in der 1. Halbzeit mehrmals recht gefährlich vor dem Tor der Gäste werden. Da aber Frankenhausen auch körperlich stärker war, was bei dem Menschenmaterial (Technikum usw.) ja kein Wunder ist, so blieb den hiesigen jeder Erfolg versagt. Daß aber Nebra nur 4:0 verlor, ist in erster Linie ein Verdienst des vorzüglichen Torwartes Paul Klaiber. Aber auch die anderen Spieler taten ihre Schuldigkeit und besonders Sänger, Liebetruth I, Knöfel und Eichler zeigten den Gästen, daß man auch in Nebra Fußball spielen kann.

— **Besitzwechsel.** Das bisher den Rosalie Sachse'schen Erben gehörige Hausgrundstück am Markt, hier, ging am 10. Februar d. J. nach dem Schlußtermin in den alleinigen Besitz des Schuhmachermeisters Bruno Sachse über.

— **Versperrte Bahn für tüchtige Beamte.** Der Reichspostminister hat eine Verfügung ergehen lassen, durch die darauf hingewiesen wird, daß mittlere Beamte zur Assessorprüfung nicht mehr zugelassen werden können. In diesem Erlaß zeigt sich, wie man bestrebt ist, tüchtigen Beamten die Aufstiegsmöglichkeiten zu verschließen.

Borxleben. Der Viehhändler Otto Kriependorf hierselbst ist wegen Steuerhinterziehung gemäß § 358 der Reichsabgabenordnung mit einer Geldstrafe von 550 RM belegt worden.

Freyburg. Bei Tröbsdorf wurde ein 18jähriges Dienstmädchen von Freyburg, Bertha Noth, als Leiche aus der Unstrut gezogen. Das junge Mädchen war in Wetzendorf in Stellung gewesen und hatte ein Liebesverhältnis gehabt, dessen Folgen sie wohl in den Tod getrieben haben. Sie war seit dem 27. Dezember vermißt.

Naumburg. Aus Anlaß der Feier des 900jährigen Stadtjubiläums plant das Naumburger Handwerk die Herausgabe eines Naumburger Handwerkerbuches, in dem die Bedeutung des Handwerks seit Gründung der Stadt klargelegt werden soll.

Halle. Sonnabend morgen 8,33 Uhr warf sich auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein junger Mann, namens Georg Bauch aus Halle, Bernburger Straße 22 wohnhaft, vor den einfahrenden Zug 869. Er wurde sofort getötet. Nach Aussage von Augenzeugen liegt Selbstmord vor.

Weimar. Bei der ehelichen Szene zwischen dem Arbeiter Ernst Kimmel in Weimar mit seiner Frau griff letztere, wie wir dieser Tage berichteten, zum Beil und versetzte damit ihrem Mann einen wuchtigen Hieb über den Kopf. Am Montag ist Kimmel im Weimarer Krankenhause gestorben, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben.

Aschersleben. Der auf der Strecke Hedersleben—Wegeleben beschäftigt gewesene Bahnarbeiter Liederbach wurde tödlich überfahren. Als sich der Personenzug Aschersleben—Halberstadt mit dem Güterzuge nach Aschersleben kreuzte und L. dem Güterzuge ausweichen wollte, wurde er von der Personenzuglokomotive erfaßt, die ihm ein Bein zermalmte. Der 3-Uhr-D-Zug nahm den Schwerverletzten mit nach Halberstadt, wo er infolge großen Blutverlustes verstarb.

Torshaus. Eine Dame aus Dortmund hatte sich mit ihrem siebenjährigen Töchterchen in den Wäldern verirrt. Ein Schneelauf-Lehrgang des Reichswehr-Inf.-Regts. Nr. 21 wurde aufgeboten um nach den Vermißten zu suchen. Die Streife des Unterfeldwebels Graul fand durch einen Zufall im Schnee die Fährten der Vermißten. Völlig erschöpft und hilflos wurden Mutter und Kind in einem Graben liegend aufgefunden. Damit wurden die beiden Verirrten vom Tode des Erfrierens gerettet.

* **Alter Münchener Bierspruch.** Nach einem Original, das ein Münchner Antiquar besitzt, geben wir in etwas gekürzter Form einen alten Bierspruch wieder: „Biedere, brauchbare, braune Bierbrauerburschen bereiten beständig bitteres, brauchbares, braunes bayerisches Bier, bekanntes, beliebtes Bedürfnis brüderlich beisammbleibender bürgerlicher Bier-

---

Sohr der Knecht

ROMAN von ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(22. Fortsetzung.)

„Sie läßt er auch nicht ungeschoren," begann ein Dritter, „das werden Sie erleben. Der ist ein ganz Gefährlicher. Und wenn Sie's gar nicht denken, schmeißt er den Knüppel nach Ihnen."

„Mag er," sagte Sohr, „nur soll er treffen und richtig treffen, sonst geht's ihm schlecht. Das könnt ihr ihm bestellen, wenn einmal die Rede darauf kommt. — Mahlzeit."

Sohr stand auf, um zu gehen, da stürmte Claus in die Stube.

„Du sollst zu Mutti kommen, Sohr!" rief er.

„Was soll ich denn da?"

„Das weiß ich nicht. Aber du brauchst keine Angst zu haben, sie ist gar nicht mehr nervös."

„Hat sie dir das gesagt?"

„Nein!"

„Und woher weißt du's dann?"

„Sie hat mächtig gelacht, wie wir die Bonbons gegessen haben, die du mir aus Berlin mitgebracht hast."

„Deswegen lacht man doch nicht."

„Ich hab' ihr doch gesagt, was du zu mir gesagt hast, wie du sie mir gegeben hast."

Sohr zerbrach sich vergeblich den Kopf. — „Was hab' ich denn gesagt?"

„Das wär' für den Durst, hast du gesagt. Die schmeckten so, wie Mutti manchmal ein Gesicht macht — sauerfüß."

„Dann gratulier' dir, Sohr," rief Hannjörg, und die anderen lachten ein schallendes Lachen. Nein, jetzt ging man noch nicht heim oder zu Bett. Das gab da drinnen sicher ein Tänzchen zwischen den beiden. Und das war immer ein Plaster für die Unbeteiligten.

Aber es gab kein Tänzchen da drinnen und die Unterredung schien ewig währen zu wollen, so daß es eines nach dem anderen und jedes mit besonderen Gedanken vorzog, die Stube zu verlassen.

Im Zimmer der Herrin, das Sohr heute zum ersten Male betrat, saßen Frau Kaden und ihr Schwager an einem weißgedeckten Tisch. Sie sahen dem Eintretenden mit offensichtlichem Interesse entgegen. Der Großsteinauer hatte sich im Stuhl zurückgelehnt, die Arme über die Brust verschränkt und die langen Storchbeine von sich gestreckt.

Er machte ein toternstes Gesicht, aber die zwinkernden, grauen Augen straften den Ernst dieses Gesichtes Lügen. Auch Frau Kaden sah heute anders aus als sonst.

„Ich entbiete Sie," begann sie, „vor Ihrer Herrin sauersüßes Angesicht."

„Ich finde es heute nicht sauerfüß, gnädige Frau."

„Aber sonst?"

„Manchmal!"

„Sie sind von einer beneidenswerten Offenheit," sagte Frau Kaden, kam auf ihn zu und gab ihm die Hand.

Sohr beugte sich nieder und küßte die Hand.

Das kam Frau Kaden derart unerwartet, daß sie verlegen errötete und hilflos zu ihrem Schwager hinübersah. Sie wußte nicht, wie sie sich diesem Neuen und Unerwarteten gegenüber verhalten sollte.

Der lange Kaden nickte ihr vergnügt zu. „Er kann scheint's mehr, wie Hofmeister verprügeln," sagte er. Und da ihm die Verlegenheit der Schwägerin ein spitzbübisches Vergnügen bereitete, tat er zu allem Ueberfluß auch noch die Frage: „Findest du nicht auch, Carla, daß er ein ganz manierlicher und umgänglicher Mensch ist?"

Und Sohr, der die Absicht des Großsteinauers erriet, schlug in dieselbe Kerbe, indem er fragte: „Gnädige Frau haben das wohl bezweifelt?"

Zu dumm, daß sie auf diese Fragen keine Antwort fand. Das war zum Heulen. Sie kam sich tatsächlich vor wie die verhagelte Petersilie ihres Schwagers.

Da rettete Claus, der der Begrüßung zwischen Mutter und Freund ein andächtiges Staunen schenkte, die Situation. „Küsse Mutti nochmal die Hand, Sohr. — Du kannst so einen feinen Diener machen."

Vier Hände griffen da plötzlich nach dem kleinen Mann und zwei Köpfe kamen in gefährliche Berührung.

„Carla," polterte Kaden, den heute der Teufel zu reiten schien, unter Lachen heraus, „nun sag' schon: Näher mein Gott zu dir! Du machtest den Sohr ja immer gut leiden."

„Du bist ein greulicher Mensch und ein abscheulicher."

„Nicht wahr! Das sagt mir Aemelu jeden Tag zweimal."

„Und glaub' mir, sie hat recht."

„Wenn es zwei bemeineiden, muß es wahr sein."

„Kommen Sie, Herr Sohr, trinken Sie eine Tasse Tee mit uns" — sie nötigte ihn, Platz zu nehmen — „und haben Sie aufrichtigen Dank für die so vorbildliche Wahrung meiner Interessen."

„Gar nichts zu danken, gnädige Frau. Es war mir Bedürfnis. Ich habe selbst erfahren müssen, was eine unbedachte Handlung auf sich haben kann. Und dann hatte ich meinem Freund Claus gegenüber Verpflichtungen, ebenso war ich Herrn Kaden noch einiges schuldig."

„Schluß, mein Sohn," sagte dieser und hielt ihm die Hand über den Tisch hin, „wir sind quitt!"

„Restlos zufrieden?"

„Bis jetzt ja — und lassen Sie mich mal wissen, was heute alles auf Finkenschlag geschehen ist."

Da ließ Sohr den Tag Revue passieren und alle sahen, daß es kein schöner gewesen war.

„Du hast da hübsch in den Nesseln gesessen, Carla," sagte Kaden zu seiner Schwägerin, „das hätte eine nette Bescherung geben können."

Eine leise Verstimmung, aus Scham geboren, kroch in Frau Carla empor. Ueber ihr Gesicht zog ein Schatten. Enttäuscht zu haben, tut weher, wie enttäuscht worden zu sein. Man will nur ungern schuldig werden.

„Es ist ja vorbei," vermittelte Sohr. „Bei Soldatens war schon die Kritik keine besonders erfreuliche Sache. — Schließlich will man doch einem Menschen vertrauen können."

Aus zwei blauen Augen blickte ihm stiller Dank entgegen.

„Und was ist mit Voigt?" fragte Kaden, „hier hat er doch nichts mehr zu suchen."

„Er hat seinen Posten quittiert."

„Freiwillig?"

„Nicht so ganz! Zuletzt aber sah er doch ein, daß der Staatsanwalt keine angenehme Bekanntschaft ist."

„Und was ist das da?" Er zeigte auf Sohrs verbundenen Kopf.

„Sein letztes Angebinde an mich. Der Kerl wirft nicht übel. Aus zehn Meter Entfernung ist das immerhin eine Leistung."

„Das hätte schlimmer ablaufen können," sagte Frau Kaden. In ihrer Stimme zitterte Erregung und ihre Augen waren voll Teilnahme.

„Ein Bauernschädel ist keine Gießkanne. Er muß eine Beule vertragen können," erledigte Kaden das Thema und ging zum geschäftlichen Teile über, indem er sich fragend an seine Schwägerin wendete. „Was wird nun mit dem vakanten Posten, Carla?"

„Ja, was wird damit? Vielleicht ist Herr Sohr so freundlich, ihn zu übernehmen?"

„Danke, gnädige Frau. Davon bitte ich abzusehen. Ich möchte nicht den Anschein erwecken, als hätte ich heute für mich gehandelt."

„Sind Sie doch kein Frosch, Sohr," mischte sich Kaden ein. „Einer muß doch da draußen kommandieren. Das gibt ja sonst einen Heidenspektakel. Jeden Tag Vogelschießen!"

„Ich bin anderer Ansicht, Herr Kaden. Kommandieren wird nicht nötig sein. Anstellen genügt auch. Ich glaube, die Leute in der Hand zu haben auch ohne den omnösen Titel. Was getan werden muß, wird getan werden."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280216-14/fragment/page=0002

Die Kocharbeit verkürzt

wer **MAGGIs** Suppenwürfel verwendet. Daraus stellt man auf einfache Weise ohne langes Zurichten nahrhafte, wohlschmeckende Suppen her Viele Sorten, z. B. Eier-Nudeln, Erbs mit Speck, Blumenkohl, Grünkern, Ochsenschwanz, Reis, Tomaten, Tapioka echt und andere.
1 Würfel für 2 Teller Suppe 13 Pfg.

trinker. Bierfeindliche, betörte, Bachusbrüder behaupten bisweilen, Bier bereite breite Bäuche, bringe böses Blut, befördere blinden Blödsinn, breche bedauerlichen Begierden bodenlose Bahn. Bevor Beweise besseres bewährten, bleibt beigestellt bei Bachus-Becherblinken! Bleibt bayrisch Blut, bei bayrisch Bier!"

Nah und Fern.

⊙ **Die Fischertragödie bei Kronstadt.** Von den etwa 400 Fischern, die während eines Sturmes von der Kronstädter Küste auf Eisschollen, die sich losgelöst hatten, ins Meer getrieben worden waren, sind, nach einer Funkmeldung eines ausgesandten Wasserflugzeuges, etwa 30 Personen umgekommen. Die übrigen erreichten Land, ein Teil von ihnen die finnische Küste.

⊙ **Beschädigung der Schubert-Büste an seinem Geburtshause.** Der Gipssockel der marmornen Schubert-Büste, die über dem Eingang zum Geburtshause des Meisters angebracht ist, ist beschädigt worden. Ob es sich um einen versuchten Diebstahl der Büste selbst oder um einen Akt von sinnlosem Vandalismus handelt, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

⊙ **Ein ungetreuer Bergwerksdirektor.** Die reichsdeutsche Firma Giesche, der mehrere Gruben in der Nähe von Pilsen gehören, hat gegen ihren früheren Direktor Keil und dessen Sekretärin wegen Unterschlagung Anzeige erstattet. Beide wurden verhaftet. Keil soll etwa eine halbe Million Tschechokronen veruntreut haben.

⊙ **Eine Lawine von zwei Kilometer Länge.** Wie aus Chambéry gemeldet wird, wurden auf dem Gipfel des Oullion in Savoyen die Teilnehmer eines Skikurses von einer über zwei Kilometer langen Lawine überrascht. Zwei der Sportler konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

○ **Wüste Szenen beim Länderboxkampf.** In Berlin fand ein Länderboxkampf zwischen Deutschland und Schweden statt. Da viele Freunde des Boxsports keinen Einlaß mehr finden konnten, kletterten etwa dreißig meist jüngere Leute über die Zäune und Mauern des Gartens und versuchten gewaltsam in den Saal einzudringen. Die Polizei mußte, da die Saaldiener machtlos waren, eingreifen und trieb die dreißig hartnäckigen Boxkampffreunde mit dem Gummiknüppel auseinander. Als die Polizei zur Feststellung der Täter schreiten wollte, flüchteten diese in die Kellerräume des Saalbaues und versteckten sich hinter Fässern, Tischen und Stühlen. Schließlich konnten acht Leute festgestellt werden, die bis zum Schluß der Boxveranstaltung in Schutzhaft verbleiben mußten.

○ **Zusammenstoß zwischen Straßenbahnwagen und Lastauto.** In Weimar bog ein Straßenbahnwagen in eine Kurve ein, als ein Lastauto des Telegraphenamtes, das mit acht Arbeitern besetzt war, die Straße überquerte. Bei dem Zusammenstoß überschlug sich das Auto. Die Arbeiter wurden auf die Straße geschleudert und verletzt, zwei von ihnen schweben in Lebensgefahr.

○ **Wie man Geld nicht aufbewahren soll.** Der Gastwirt Braun aus Schambach hatte 230 Mark, den Erlös für den Verkauf von drei Schweinen, in Zeitungspapier gewickelt und auf seinen Schreibtisch gelegt. Die Zeitung wurde abends zum Feueranmachen verwendet. Das Geld wanderte in den Ofen und verbrannte.

○ **Große Unterschlagungen eines Münchener Auktionators.** Die Polizei verhaftete den Besitzer einer Münchener Auktionshalle, der große Unterschlagungen dadurch beging, daß er Möbel und andere Gegenstände, die er zum kommissionsweisen Verkauf erhalten hatte, veräußerte und den Erlös für sich verbrauchte. Der Beschuldigte gibt selbst zu, mehr als 50 Personen auf diese Weise betrogen zu haben.

○ **Entlarvung von Examensschwindlern.** Zwei Schüler der höheren Bauschule in Offenbach am Main hatten sich nachts in der Schule einschließen lassen, um die Examensarbeiten für die bevorstehende Prüfung dort abzuschreiben. Sie wurden aber von dem Hausdiener entdeckt, der früh um vier Uhr heizen wollte, und auch angezeigt. Die Schüler werden nun von den Prüfungen ausgeschlossen und haben sich außerdem wegen Hausfriedensbruches zu verantworten.

○ **Schwefelwasserstoffvergiftung.** Auf dem Gelände der J. G. Farbenindustrie in Leverkusen erkrankte plötzlich eine Anzahl von Arbeitern an Vergiftungserscheinungen. Soweit sich bisher feststellen ließ, handelt es sich um eine Schwefelwasserstoffvergiftung durch Gase, die dem Abluftkanal entströmten. Ein Arbeiter ist verstorben, doch soll bei den übrigen 16 Erkrankten keine Lebensgefahr bestehen.

Bunte Tageschronik.

Breslau. Die 24jährige Hausangestellte Glabitzky wurde auf einer Wiese an der Landstraße von Hübnern nach Krischanowitz ermordet aufgefunden. Die Leiche wies tiefe Messerstiche an Kopf und Hals auf.

Rom. Die Blätter berichten, daß bei Tunnelarbeiten auf der neuen Schnellzugstrecke Florenz—Bologna zwei Arbeiter durch eine Dynamitexplosion getötet wurden.

Claremont (Newhampshire). Auf dem Bahnhof Claremont entgleisten 17 Güterwagen. Hierdurch entstand eine Feuersbrunst. Vier Personen fanden den Tod.

Ein Lombardschwindler stellt sich selbst.

Berlin. Der Pfandleiher Winter, Inhaber eines Lombardhauses, dem Betrügereien nachgesagt werden, hat sich der Polizei selbst gestellt.

Ein Walfisch in der Flensburger Förde.

Flensburg. Großes Aufsehen erregte das Auftauchen eines Walfisches in der Flensburger Förde. Der seltene Gast, der wahrscheinlich in Verbindung mit Riesenheringsschwärmen sich dorthin verirrt hat, tauchte einige Male im Binnenhafen auf, um dann, nachdem er etwa eine halbe Stunde beobachtet werden konnte, seewärts wieder zu verschwinden.

Polnische Zölle auf Goldparität.

Warschau. Polens stellvertretender Ministerpräsident Bartels kündigte in einer Rundfunkrede an, die Regierung habe beschlossen, die Umwandlung der Zölle bis auf volle Goldparität durchzuführen. Das bedeutet fast eine Verdopplung der bisherigen Zollwerte und könnte erhebliche Erschwerungen in den bisherigen Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Deutschland bringen.

Geburtenrückgang in Preußen.

Wirtschaftliche Einflüsse.

Die Statistik über die Geburtenbewegung in Preußen zeigt, daß nach dem ursprünglichen Anstieg der Geburtenzahl in der Nachkriegszeit nunmehr seit 1921 wieder ein erheblicher Rückgang der Geburtenziffer eingetreten ist. Im Jahre 1921 betrug der Geburtenüberschuß in Preußen 11,3, 1922 nur noch 8,5, 1923 7 Prozent. Der besonders starke Rückgang des letzten Inflationsjahres wurde ausgeglichen im Jahre 1924 mit 8,6, im Jahre 1925 mit 9,1. Im Jahre 1926 aber setzte wieder ein Rückgang ein auf 8,02 Prozent. Die Tendenz eines Herabsinkens der Geburtenzahl ist also unverkennbar. Interessant ist der **starke Einfluß, den auf diese Kurve besonders wirtschaftliche Zustände auszuüben vermögen.**

Die Begnadigung von Schulz u. Gen.

Was die Presse dazu sagt.

Durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums sind bekanntlich die wegen Ermordung des Kaufmanns Wilms zum Tode Verurteilten Fuhrmann, Klapproth und Schulz (die sog. Fememörder) zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden, während die Todesstrafe für den Verurteilten Umhofer in eine Zuchthausstrafe von fünfzehn Jahren umgewandelt wurde.

In der kritischen Betrachtung, die die linksgerichtete Presse der Reichshauptstadt diesem Begnadigungsakt widmet, wird darauf hingewiesen, daß nach der bisherigen Gnadenpraxis des preußischen Staatsministeriums mit der Strafmilderung zu rechnen war und daß wahrscheinlich nach Verbüßung eines Teiles der Zuchthausstrafen geprüft werden dürfte, ob eine weitere Strafermäßigung möglich sei. Wenn auch Mitleid für die an den grausamen Femetaten Beteiligten nicht am Platze sei, so hätten doch die grundsätzlichen Gegner der mittelalterlichen Todesstrafe gegen Begnadigungen dieser Art nichts einzuwenden. Beschämend bleibe es aber unter allen Umständen, daß deutsche Soldaten solche Strafen auf sich geladen hätten. Ein mittelparteiliches Blatt erklärt, daß es nicht verstehe, wie man unter dem Gedanken einer Amnestie den Oberleutnant Schulz in einem Atem mit Hölz nennen könne. Schulz habe, wie sehr er auch geirrt und wie schwere Schuld er auch auf sich geladen haben möge, unbedingt Anspruch auf leidenschaftslose Beurteilung. Die rechtsstehende Presse steht in dem Begnadigungsakt des preußischen Staatsministeriums nur einen ersten Schritt und betont ausdrücklich, daß das nationale Deutschland immer wieder mit der Forderung, Schulz und die mit ihm verurteilten Männer in Freiheit zu setzen, hervortreten werde. Ein Wiederaufnahmeverfahren sei das mindeste, was man verlangen müsse.

Von der Winter-Olympiade.

Der Norweger Carlsen, Favorit für die Weltmeisterschaft im Eisschnellauf, wird nach dem Training von seinen begeisterten Freunden begrüßt.

„Die Gartenlaube" Heft 6.

Mit Kapitän Kircheiß um die Welt führt das neue Heft der „Gartenlaube". Von Mühen und Gefahren, ernsten und heiteren Stunden erzählt der bekannte Weltumsegler, zahlreiche Aufnahmen veranschaulichen die Erlebnisse der kühnen Reisenden. Dem rassigen Eishockey-Sport ist ein lesenswerter Aufsatz gewidmet; reizvolle Aquarelle des Malers Gino v. Finetti zeigen Kampfbilder dieses eleganten Sports. Karnevalsstimmung gibt der Aufsatz „Die Frau im Mummenschanz" und das große farbenfrohe Bild vom Rosenmontagszug in Köln. Eine Reihe lesenswerter Aufsätze, schöne Erzählungen und viele Bilder vervollständigen den Inhalt des vielseitigen und anregenden Heftes.

Auf der Höhe steht die Hausfrau, die sich die Errungenschaften unserer hochentwickelten Nahrungsmittelindustrie für ihren Küchenhaushalt zu Nutze macht. Anstatt das Fleisch der Fleischbrühe wegen auszukochen, wird sie es braten und die Fleischbrühe ebensogut aus Maggi's Fleischbrühwürfeln herstellen. Sie spart dabei viel Zeit und Feuerung, hat sie doch nur die Würfel in kochendem Wasser aufzulösen. 1 Maggi's Fleischbrühwürfel gibt gut 1/4 Liter Fleischbrühe.

Sohr der Knecht

ROMAN VON ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(23. Fortsetzung.)

„Bis Oktober geht es vielleicht auch so, und dann werden wir ja sehen, wie Hase läuft. Uebrigens, Herrschaften," sagte er im Aufstehen, „ich muß heim. Kommen Sie ein Stück mit, Sohr, ich hätte noch etwas für Sie."

„Ich stehe zur Verfügung."

„Sehen wir uns morgen, Carla?"

„Um drei Uhr bin ich bei euch. Gruß an Aemely und Dank für Besuch. Auch Ihnen, Herr Sohr, nochmals Dank für alles."

Der verneigte sich und sagte: „Gnädige Frau wollen meiner Treue versichert sein."

Als die beiden Männer gegangen waren, nahm Frau Carla Kaden ihren Jungen in die Arme und kuschelte ihn an ihre Brust. „Du hast wirklich einen feinen Freund," sagte sie, und Claus gab ihr einen Kuß.

7.

Es gab in Finkenschlag und Umgebung keine Kneipe, in der sich Alois Voigt nicht schon mit seinem Schicksal zu versöhnen gesucht hätte. Von den beiden großen Menschheitströstern Alkohol und Liebe imponierte ihm nur der erstere. Der letztere verpflichtete und für Verpflichtungen war er nicht mehr. Fräulein Oklahoma hatte das zu ihrem Leidwesen auch erfahren müssen.

Bei Nacht und Nebel war Voigts weltliche Habe von Finkenschlag fort und zu Frau Reichenbach gebracht worden, bei der er sich eingemietet hatte. Dort hatte er seit acht Tagen schon herumgetobt wie ein Kindertreisel. Daß er nicht explodiert war, war ein Wunder. Die alles ausgleichende Zeit aber ließ die Wogen der Erregung langsam verebben. Und setzt begann er ebenso langsam, aber fortschreitend gefährlich zu werden. Er suchte nach Vergeltung und schnob Rache.

Es lief um in Finkenschlag und Großsteinau, daß Frau Kaden verpachten wolle und Sohr als Pächter in Frage käme. Der Kadensche Kutscher in Großsteinau hatte die Sache publik gemacht. Das alte Klatschmaul konnte den Schnabel nicht halten. Solche Weiber gibt es unter den Männern.

Voigt war für einen Augenblick übel gewesen, als man es ihm im „Weißen Roß" schonend, aber nicht ungern beigebracht hatte. Und da war etwas Nieerwartetes und Fürmöglichgehaltenes eingetreten: Er hatte sich nicht betrunken, im Gegenteil — er war aufgestanden und gegangen, um sich in Mutter Reichenbachs ermieteter guten Stube auf das rote Plüschsofa zu werfen und Löcher in die Zimmerdecke zu bohren.

Himmel-Heiland! Deshalb also war er von diesem Sohr abgesägt worden, deshalb der Schlag ins Gesicht, deshalb die Drohung mit dem Staatsanwalt und deshalb dieser Hinauswurf mit Pauken und Trompeten. Daß er genaust hatte, daran hatte er nicht eine Minute gedacht. Den größten Strommen geschieht immer das bitterste Unrecht — nach ihrer Meinung.

Heimzahlen! Daran dachte er unablässig. Und keinen auslassen dabei! — Er mußte etwas finden, das saß, tief saß, nicht nur im Fleische! Herz und Hirn mußte er treffen. Es mußte die Finkenschlager restlos erledigen, auch in den Augen der anderen. Wie ein brennendes Haus mußte es über ihnen zusammenstürzen.

Wie ein brennendes Haus! —

Mit einem Satze war Voigt auf den Beinen.

Wie ein brennendes Haus! Wie Flammen verzehrend! Lichterloh brennend! Nur Trümmer hinterlassend! In Asche wandelnd, was war!

Wie ein brennendes Haus! — Und dieser Gedanke blieb stehen. Unwandelbar, unverrückbar. Er war der Punkt, um den die Stunden und Tage im Kreise liefen. Und er tat Wunder. Hinfort lehnte Alois Voigt den Alkohol ab und ward ein solider und häuslicher Mann.

Er hatte seine Aufgabe gefunden und diese Aufgabe lehnte tage- und nächtelanges Grübeln.

Lügen kann jeder, aber konsequent lügen nicht, jemand verdächtigen ist nicht schwer, aber es glaubhaft tun, ist eine Kunst. Voigt wollte sein Meisterstück machen in beiden. Und das ist im Handumdrehen nicht getan.

Während Voigt an Vernichtung dachte, dachte Sohr an Aufbau.

Es war kein geringes Vertrauen, das Frau Carla Kaden und ihr Schwager dem mittellosen Mann dadurch entgegenbrachten, daß sie ihm die Pachung antrugen. Mit einem bißchen „Ja-sagen" war es da nicht abgetan Verpflichtungen wollen gehalten sein. Und gehalten werden können Verpflichtungen nur, wenn die Voraussetzungen dazu erfüllt sind. In diesem Falle waren sie es nicht. Er übernahm — wenn er es tat — mit dem gleichen Fehler, mit dem Frau Kaden gewirtschaftet hatte. Ihr hatte der Mann gefehlt, ihm **fehlte die Frau. Ein Gutsbetrieb ohne Frau aber ist wie** ein Vogelbauer ohne Vogel und ebenso unmöglich wie ein Krankenhaus ohne Schwestern.

Und so war Sohr in einiger Verlegenheit.

Es gibt eben kein Ding auf Erden, das nicht seine zwei Seiten hätte und keinen Zustand ohne Für und Wider. Auch die Einsamkeit machte keine Ausnahme.

Am ersten Oktober sollte Sohr übernehmen. Bis dahin mußte wenigstens ein Anschluß gefunden sein. Immer wenn ihm Kaden über den Weg lief — und das geschah jetzt fast täglich — spielte dieser auf die Frau an.

„Ich bin doch kein Adam," sagte Sohr einmal ärgerlich. „Nicht eine Rippe ist zuviel bei mir." Aber Kaden mußte, daß Beharrlichkeit zum Ziele führt und ließ das Thema nicht abgetan sein.

Wenn er doch diesen Stoffel, diesen Sohr, mit der Nase auf seine Schwägerin hätte tipsen können, er hätte es gewiß getan, aber leider gab es eben Dinge, die man nicht tun durfte und tun konnte.

„Sie müssen unter Menschen, mein Lieber, unter Ihrem Nußbaum oder bei ihrem Gaul finden Sie keine Frau. Suchen, mein Lieber, umtun! Aus lauter Gefälligkeit wird Ihnen keine um den Hals fallen. Die Frauen, die etwas wert sind, wollen umworben sein. Ich weiß gar nicht, warum Sie so — so latent sind? Auf Brautschau fahren ist doch eine sehr angenehme Beschäftigung. — Was glauben Sie wohl, wo ich alles 'rumgegondelt bin, bis mich mein Kähnchen ans Land brachte und ich mein Aemelynchen drinn' hatte in meiner wackligen Schaukel?"

„Zwischen Herrn Rittergutsbesitzer Kaden und dem künftigen Pächter Sohr ist doch immerhin ein Unterschied."

„Aber zwischen dem Menschen Kaden und dem Menschen Sohr ist keiner. Sie sind ein anständischer Mann. Sie sind ein intelligenter Mann. Sie haben Kinderstube und können was, also haben Sie was zu bieten und brauchen gar nicht bescheiden zu sein."

„Einmal werd' ich ja wohl in den Apfel beißen müssen, das weiß ich. Ich möcht' mir nur noch etwas Zeit lassen. Es ist noch kein Jahr her, daß ich meine Frau verlor."

„Sie sollen auch nichts übereilen. Die erste beste soll es nicht sein, die Ihre Frau wird. Nur die Augen sollen Sie offen halten, sich auch ab und zu mal umdrehen, weil die Frauen, die einen gern haben, hinter einem herlaufen. Begegnen sie einem von vorn, dann merkt man gar nichts, denn sie säuseln — lieblich wie ein Maiblüschen — an einem vorbei."

Das war in vielen Varianten die immer gleiche Mahnung Kadens nun schon seit vierzehn Tagen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280216-14/fragment/page=0003

Krantz haftentlassen.

Fortsetzung des Berliner Sensationsprozesses.

Unter allgemeiner Spannung wurde nach einer zweitägigen Verhandlungspause der Krantz-Prozeß im Moabiter Schwurgericht wieder aufgenommen. Der Verteidiger des Primaners, Rechtsanwalt Dr. Frey, stellte den Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten, da nach dem bisherigen Verhandlungsergebnis

kein hinreichender Verdacht auf Mord

mehr bestehen könne Der Staatsanwalt erklärte hierzu, er halte zwar die Anklage auf Mord nicht aufrecht, dagegen aber auf gemeinschaftlichen Totschlag, und beantrage deshalb, den Haftentlassungsantrag abzulehnen. Das Gericht verkündete nach kurzer Beratung und Beschluß auf Haftentlassung des Angeklagten. Der Vorsitzende führte aus, die Aufhebung des Haftbefehls sei erfolgt, weil der Angeklagte des Mordes nicht mehr hinreichend verdächtig erscheine. Er regte eine wesentliche Einschränkung der Beweisaufnahme an. Er könne das von sich aus nicht tun. Er appelliere darum an die Prozeßbeteiligten, auf die Einschränkung Bedacht zu nehmen Der Verteidiger erklärte dazu, er sei nur dann zum Verzicht auf seine Zeugen bereit, wenn die Staatsanwaltschaft auch den Verdacht auf gemeinschaftlichen Totschlag fallen lasse. Da die Staatsanwaltschaft dazu keine Erklärung abzugeben bereit ist, wurde in die weitere Beweisaufnahme eingetreten.

Die Haftentlassung wirkt auf den Angeklagten wie die Befreiung von einem Alpdruck. Er will auch die Anklagebank verlassen, muß aber auf einen Verweis des Vorsitzenden hin wieder zu ihr zurückkehren.

Landgerichtsdirektor Dust rief ihm zu: „Das Urteil, nicht der Platz stempelt den Beschuldigten."

Als erste Zeugin wird

die Mutter des Angeklagten,

die Frau des Musikers Krantz, vernommen. Sie darf sitzend aussagen, da sie sich schwach fühlt. Die Mutter des Krantz schildert, wie sie den kleinen Paul in der Familie alle bewundert haben. Mit zwei Jahren konnte er

Strumpwelpeter schon auswendig.

Die Großeltern hätten ihn besonders verwöhnt. Die Leute sagten, Paulchen wird noch einmal ein großer Mann. Die Zeugin erzählt, daß auch sie Selbstmordgedanken gehabt habe, sie habe aber ihren Sohn vor dem Spielen mit dem Revolver wie überhaupt mit Selbstmordgedanken gewarnt. Günter Scheller hätte zweifellos ungünstig auf ihn eingewirkt. Beide waren sehr unpünktlich, wenn sie morgens vor der Schule zu uns kamen und die Fahrräder bei uns abstellten. Dann machte ich ihnen Vorhalte. Mein Junge sagte nie etwas und schaute den Günter von weitem an, und dieser brachte dann eine sehr gewandte Entschuldigung vor. — Sodann wird

der Vater Scheller

vernommen, dessen Erziehungsmethoden schon mehrfach Gegenstand des Prozesses waren. Sein selbstbewußtes Auftreten fällt allgemein auf. Während Krantz aus einem ärmlichen Milieu stammt, ist Scheller gutsituiert; er leistet sich Stadtwohnung und Sommersitz und macht große Reisen. Die Kinder hielt er in den letzten Jahren schon für reif genug, daß sie sich selbst überlassen bleiben konnten. Er habe an dem Verkehr Günters mit Krantz nichts auszusetzen gehabt, allerdings habe er den Angeklagten nur kurze Zeit gekannt. Sodann wurde die Autofahrt Günters nach Paris mit einem Herrn, der dem Vater ganz unbekannt war, vor Gericht ausführlich besprochen. Auf Einzelfragen des Vorsitzenden und Verteidigers erwidert er erregt, daß man die

Kinder nicht an die Strippe nehmen

könne, wenn man verreisen müßte (er war während der Schießerei in seinem Hause in Kopenhagen). Beim Trinken habe er Günter und Paul allerdings einmal überrascht und nachher gesehen, daß ihm in seinem Keller große Mengen Likör und Obstwein fehlten. Alsdann wurden zwei Freunde von Krantz und Scheller als Zeugen vernommen, die über die Wesensart und den Gedankenkreis der beiden Primaner Einzelheiten vorbrachten.

Die Nachmittagsverhandlungen verzögerten sich, da Krantz vor dem Gerichtsgebäude Gegenstand lebhafter Ovationen wurde und erst unter Aufgebot von Schutzpolizei in den Gerichtssaal gelangen konnte. Es kam während der weiteren Verhandlung mehrfach zu Zusammenstößen.

Der Prozeß.

Mußte das alles sein?

Es gibt zurzeit in Deutschland nur einen Prozeß, von dem man als von „dem" Prozeß zu reden hat. Jeder weiß, was gemeint ist: der Berliner Krantz-Prozeß, der unter dem Rubrum „Steglitzer Schülertragödie" geht, ist gemeint. Man schlägt die Hände über dem Kopf zusammen, wenn man so hört und liest, was da alles geschieht, was da alles erörtert wird, wie da alles zur Sensation aufgebauscht und als Sinnestikel — man kommt um das Wort wirklich nicht herum — aufgezogen wird. Es ist Verhandlungspause, es ist ein Tag der Ruhe, und man sollte ihn ausnutzen, um endlich wieder ein bißchen zur Besinnung zu kommen, um aus all dem Wust, aus all dem Gemeinen, das da, zum Himmel stinkend, sich anhäuft, wieder herauszufinden in reine Luft.

Was ist denn geschehen, das eine solche Art der Prozeßführung und eine solche Art der Prozeßberichterstattung, wie sie hier vielfach geübt worden ist, durchaus notwendig machte? Ein Mord ist geschehen und ein Selbstmord hinterdrein, ein Mord, der sich in nichts unterschied von den vielen andern Morden, die im Laufe eines Jahres geschehen, zumal in der Großstadt geschehen. Daß der Mörder und der, den man der Mitschuld bezichtigt, zufällig der jugendlichen Intelligenz angehörten, zufällig Gymnasialschüler höherer Klassen waren — ist dabei etwas so Außerordentliches, daß es diesen bedenklichen Apparat erforderte? Und daß sündige Liebe dabei eine Rolle spielte, frühzeitig verdorbene Mädchen sehr aktiv dabei mitwirkten, Liebe auch in ihren schrankenlosen Ausartungen sich dabei offenbarte — ist das das Ungewöhnliche, das diese sensationelle Aufmachung erforderlich machte? Bilden denn nicht erotische Dinge solcher Art den Kern sondsfovieler moderner Prozesse, ohne daß darum allerintimste Geheimnisse in breitester Öffentlichkeit und mit der allergrößten Genauigkeit, als wenn es sich um einen Kursus für Mediziner höherer Semester handelte, erörtert zu werden brauchten? Unbedingte Öffentlichkeit der Prozeßführung und volle Freiheit der Presse und ihrer Berichterstattung — gut, an diesen Forderungen soll nicht gerüttelt und gekrittelt werden. Aber man kann es schließlich verstehen, wenn um das Wohl der gefährdeten Jugend besorgte Männer und Frauen der Meinung sind, daß nur mit eingengenden und einschränkenden Gesetzen diesem Zuviel an Sensation ein Ende bereitet werden kann, daß in den Parlamenten Anträge eingebracht werden, die eine über die Dämme flutende Berichterstattung über heikle Vorgänge verbieten möchten, und daß in den Ministerien, deren Obhut die Justiz des Landes anvertraut ist, ernste Beratungen stattfinden über das, was nun geschehen soll.

Aber, wie gesagt, es geht nicht um die Berichterstattung allein und nicht einmal hauptsächlich um sie, da ja schließlich nur berichtet wird, was vor Gericht geschieht. Aber muß das vor Gericht geschehen? Muß, wo es sich um die Aufklärung einer Bluttat handelt, bis auf den I-Punkt dargelegt werden, wie sich intimster Verkehr zwischen halbwüchsigen Jungen und Mädels gestaltet? Bedenkt denn keiner, daß es sich hier um einen Prozeß handelt, an dem gerade die Jugend eminent interessiert ist, und daß diese Jugend diese Prozeßberichte auf das genaueste liest? Und noch eines: warum warten wohl vor dem Gerichtssaal, in dem sich diese „Schülertragödie" abspielt, täglich viele Hunderte, in der Hoffnung, doch noch hineinkommen zu können, warum sitzen denn drin — fast möchte man sagen: im Theatersaal — Hunderte von eleganten Damen und Herren? Etwa, um die Einzelheiten einer Bluttat erörtern zu hören? Nein, da müßte man dieses Großstadtpublikum schlecht kennen Einzig und allein um die „Sensation" geht es, einzig und allein um die peinlichen Dinge, die da mit „neuer Sachlichkeit" eingehend besprochen werden. Gewiß, dieser Prozeß bietet auch ohne seine Pikanterien genug des Interessanten und des Erörternswerten. Da ist die Schülerin Ellinor Natti, die ein paar Tage vor Beginn eines Mordprozesses, in dem es gar sehr auf ihr Zeugnis ankommt, auf die — Tanzdiele geht, und da ist die beinahe zur „Berühmtheit" gewordene Hildegard Scheller, die den Prozeßschluß mit einem Hausball feiern will und an gute Freundinnen Einladungen versendet des Inhalts: „Mutti gestattet, daß ich Dich für den . . . zum Hausball einlade." Diese gute Mutter! Und dieses gute Kind! Als „Zeichen der Zeit" muß das natürlich gewertet werden, aber das viele Drum und Dran, das war wirklich nicht nötig. Wer kümmert sich noch um das Schicksal des Primaners Krantz? Der ist beinahe zum Statisten in diesem Drama, das sich eigentlich doch um ihn dreht, geworden — die wahren „Heldinnen" sind die Heldinnen Hilde und Ellinor, und es fehlt jetzt nur noch der Film, der alle ihre Liebesabenteuer im Bilde festhält, damit ganz Deutschland das nicht nur hören, sondern auch sehen kann. Aber mußte das wirklich so sein?

*

Elternschaft und Krantz-Prozeß.

Der Vorstand und die Führerschaft des Evangelischen Reichselternbundes haben an den Präsidenten des Schwurgerichts in Berlin-Moabit, Landgerichtsdirektor Dust, ein Schreiben gerichtet, worin der tiefen Beunruhigung der Elternschaft des ganzen Reiches über die Art der Berichterstattung eines Teiles der Presse über den Krantz-Prozeß Ausdruck gegeben wird Der Reichselternbund bittet im Namen der organisierten Elternschaft aller politischen Richtungen den Schwurgerichtspräsidenten, in Verbindung mit den Vertretern der Presse Wege zu suchen, um eine weitere schwere Schädigung der Öffentlichkeit, insbesondere der Jugend, zu verhindern.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Barmats Zusammenarbeit mit Höfle.** Oberstaatsanwalt Dr. Sturm setzte sein Plädoyer fort und behandelte das Kapitel „Deutsche Girozentrale" und den Fall Dr. Höfle. Nach eingehender Würdigung der Beweisaufnahme führte der Vertreter der Anklage aus: Ich halte Julius Barmat des Betruges zum Nachteil der Deutschen Girozentrale und den Angeklagten Klenske der Beihilfe hierzu für schuldig und außerdem Julius und Henry Barmat in Gemeinschaft der aktiven Bestechung des verstorbenen Reichspostministers Dr. Höfle sowie der Anstiftung desselben zur Untreue.

§ **Nachspiel zum Bothmer-Prozeß.** In der Verhandlung gegen den Polizeihauptmann Hester vor dem Disziplinarhof für nichtrichterliche Beamte beantragte der Ankläger Dienstentlassung wegen Ehebruchs und öffentlichen unwürdigen Verhaltens. Das Gericht erkannte auf Strafversetzung in ein anderes Amt und Kürzung von einem Zehntel seines Gehalts auf fünf Jahre. Der Vorsitzende führte aus, daß das unwürdige Verhalten des Beschuldigten gegen seinen Willen, nämlich durch seine Vernehmung im Bothmer-Prozeß, an die Öffentlichkeit gedrungen sei. Sein Verhalten im Dienst sei vorzüglich gewesen, Bestrafung müsse aber erfolgen, weil er mit Rücksicht auf seine Dienststellung die Beziehungen zur Gräfin Bothmer rechtzeitig hätte abbrechen müssen.

§ Die Geldgeschäfte des Landrats Vogl. Die Nachrichten über eine Begnadigung des ehemaligen Landrats Vogl sind unrichtig. Richtig ist nur, daß Vogl ein Gnadengesuch eingereicht hat, über das eine Entscheidung noch gar nicht gefällt ist. Die Verhandlung im Millionenprozeß des Ruhrverbandes gegen den Kreis Liebenwerda, bei dem es sich um von dem Landrat Vogl eingegangene Wechselverpflichtungen handelt, ist vom Landgericht Torgau abermals, und zwar bis zum April, vertagt worden. Zwei weitere Prozesse, die aus den Geldgeschäften Vogls herrühren, stehen kurz vor der höchstinstanzlichen Entscheidung; hier handelt es sich um eine halbe Million Mark.

Bekanntmachung.

Der Händler Gustav Horbel von hier ist wegen Schuttabladens am Reinsdorfer Wege mit einer Geldstrafe von 50.— Reichsmark bestraft worden.

Nebra, den 13. Februar 1928

Die Polizeiverwaltung. J. V.: Hohlbein.

Beschluß.

Für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten, die durch den am 27. Juni 1862 bestätigten Rezeß, betreffend die Reparation von Nebra (Aktenzeichen Gtl. Buchst. N Nr. 109) begründet sind, wird in Ergänzung des Beschlusses der früheren Generalkommission in Merseburg vom 6. Dezember 1893 — Geschäfts-Nr. 848 V — die Vertretung der Gesamtheit der Beteiligten Dritten gegenüber, sowie die Verwaltung auf Grund des Gesetzes vom 2. April 1887 (G.-S. S. 105) dem Magistrat zu Nebra übertragen.

Diese gemeinschaftliche Angelegenheit besteht nach § 13 Lauf. Nr. 1 des Rezesses in der Verpflichtung, daß die der Kämmerei zu Nebra überwiesenen Parzellen:

Gemarkung Nebra, Kartenbl. 1 Nr. 19/1 „ „ „ 1 „ 44 } 0,7915 ha groß

— identisch mit dem in § 7 unter lfd. Nr. 7 des Rezesses verzeichneten Planstückes littr. av der Separationskarte —

Kartenbl. 3 Nr. 25 von 6,3090 ha Größe
„ 26 „ 2,1470 „ „
„ 27 „ 0,1710 „ „
„ 28 „ 2,8930 „ „

— identisch mit dem in § 7 unter lfd. Nr. 7 des Rezesses genannten Planstücke littr. au der Separationskarte — alljährlich als Hutung zum Besten der Kämmereikasse verpachtet werden müssen, jedoch die Verpachtung nur an städtische Interessenten mit Ausschluß der geistlichen Institute, des Rittergutes Nebra, sowie sämtlicher Forensen erfolgen darf.

Dem Magistrat zu Nebra wird gleichzeitig die Genehmigung erteilt, ohne Forderung einer Entschädigung in die Löschung der vorerwähnten Verpflichtung, die in der zweiten Abteilung des Grundbuches von Nebra, Band IV Art. 1 (in Verbindung mit Band VI Art. 29) eingetragen ist, zu willigen.

Ich bescheinige gemäß § 8 des Gesetzes vom 2. April 1887 — G.-S. S. 105 —, daß das Rechtsgeschäft den Realberechtigten der beteiligten Grundstücke unschädlich ist.

Die Kosten des Verfahrens vor dem Kulturamte fallen der Gesamtheit der Separationsbeteiligten zur Last.

Gegen diesen Beschluß ist binnen 2 Wochen nach der Zustellung die bei dem unterzeichneten Vorsteher des Kulturamtes anzubringende Beschwerde an die Spruchkammer des Landeskulturamtes in Merseburg statthaft.

Gründe.

Der Magistrat zu Nebra war bereits durch Beschluß der früheren Generalkommission in Merseburg vom 6. Dezember 1893 — Gesch.-Nr. 848 V — zum Vertreter der Gesamtheit der Separationsbeteiligten von Nebra bezüglich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten nach §§ 9 bis 12 des Rezesses bestellt worden. Wegen der von ihm am 26. Oktober 1927 beantragten Genehmigung zur Löschungsbewilligung der im Tenor des Beschlusses genannten Verpflichtung müßte der Magistrat noch bezgl. dieser gemeinschaftlichen Angelegenheit zum Vertreter der Gesamtheit der Beteiligten bestellt werden.

Der Antrag ist auf ortsübliche Weise in Nebra durch Aushang und Veröffentlichung in der Zeitung bekannt gemacht worden. Einsprüche gegen das Vorhaben sind nicht erhoben worden. Landes- oder ortspolizeiliche Interessen stehen der Löschung der Verpflichtung nicht entgegen. Die bezeichneten Grundstücke sind bereits seit 20 Jahren mit Obstbäumen bepflanzt und seither hat eine Verpachtung im Sinne der jetzt zu löschenden Verpflichtung nicht stattgehabt. Aus letzterem Grunde war auch eine Entschädigungsforderung für die Aufgabe des Rechtes nicht billig.

Die Entscheidung über die Kostenberechnung beruht auf § 12 des Gesetzes vom 2. April 1887.

Naumburg a. S., den 7. Februar 1928

Der Vorsteher des Kulturamtes
(L. S.) gez. Unterschrift,
Regierungsrat.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 13. April 1928, vormittags 10½ Uhr

an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 1, versteigert werden das im Grundbuch von Nebra Band XI, Artikel 41 (eingetragener Eigentümer am 10. Januar 1928, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes: der Dachdeckermeister Robert Bauer in Nebra a. U.) eingetragene Grundstück Gemarkung Nebra, Kartenblatt 4, Parzelle 310/166, in der Stadt Garten 3,19 ar groß, Grundsteuermutterrolle Art. 679, Nutzungswert 0,45 RM.

Nebra, den 13. Februar 1928 **Amtsgericht.**

Vieh- und Inventar-Auktion.

Donnerstag, 23. Februar 1928, vorm. 10 Uhr

versteigere im **Börner'schen** Gutsgehöft zu **Nausitz,** Eisenbahnstation **Gehofen** a. Unstrut, wegen Aufgabe des Wirtschaftsbetriebes, das **gesamte Inventar,** als:

4 gute schw. Ackerpferde (Fülchfe), 9 Kühe, frischmilchend und tragend, 5 Stiere, 1 Bullen (alles schwarzbunt), Läuferschweine, 1 Dreschmaschine m. Spreubläser, Elektromotor u. Welcherpresse, Getreide- u Grasmäher, drei 4"-Ackerwagen, zwei 3"-Ackerwagen, 1 Militärwagen, Tafelwagen, Halbverdeck, Breschwagen, Pflüge, Ackerschleppe, Saatteggen, Drillmaschine (2 Meter), Hackmaschine (2 Meter), Getreidereinigungsmaschine, Schrotmühle, Kreissäge, Kartoffeldämpfer, Menschlitten, Walzen, Eggen, Kutsch- und Ackergeschirre, Ketten, Centrifuge u. Butterfaß, Fahrrad u. a. mehr öffentlich, meistbietend gegen Barzahlung. Sämtliches Inventar ist in gutem Zustande. Besichtigung 1 Stunde vor Beginn. Zahlungsfähigen Käufern wird evtl. Kredit auf größere Objekte gewährt.

H. Gründling, Wiehe (Unstrutt),
beeid. öffentl. angestellter Versteigerer.

Achtung! Achtung!

Schützengesellschaft Nebra a. Unstrut

Fastnacht, den 21. Februar 1928
im prächtig dekorierten Saale des Schützenhauses zu Nebra

GROSSES

Tiroler Schützen-Fest

Volksbelustigungen aller Art:
Gewinnbuden / Panorama / Hippodrom mit eigenem Marstall
Direktor: **F. W.**

Preisschießen um die Königswürde
Kassenöffnung 7 Uhr **Eintritt 50 Pfg.**

Entsprechende Kostüme erwünscht, jedoch nicht Bedingung.

Um zahlreichen Besuch bittet **Das Komitee.**

Kriegerverein Gross- und Kleinwangen.

Zu unserem am Sonntag, den **19. Februar,** von abends **7½ Uhr** ab im **Gemeinde-Gasthofe zu Großwangen** stattfindenden

Theater und Ball

ladet Freunde und Gönner hierdurch freundlichst ein

Der Vorstand.

Kassenöffnung 6½ Uhr.

Eintrittspreise: Saalplätze (numeriert) 1.— Mk., Estrade und Galerie 60 Pfg.

Vorverkauf im Gasthof zu Großwangen und bei Kamerad Tröbs in Kleinwangen.

Wer verkauft

Wohn- od. Geschäftshaus, Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Fabrik od. sonstigen Betrieb, auch Bauterrain. Sofortige Angebote an **F. Wilh. Barenthin, Hamburg,** N. Jungfernstieg 16a.

Teppiche — Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten lieferbar. **Teppichhaus Agay & Glück,** Frankfurt a. M. 636 **Schreiben Sie sofort!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280216-14/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 20 Donnerstag, den 16. Februar 1928 41. Jahrgang

800000.

Massenkämpfe im Wirtschaftsleben.

Mit Mühe und Not war im letzten Augenblick die Anstrengung des Kampfes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der eisenschaffenden Industrie vermieden worden dadurch, daß staatlicherseits sowohl Lohnerhöhungen wie Verkürzungen der Arbeitszeit den Arbeitgebern auferlegt wurden. Einen gewissen Ausgleich versuchten dann die Eisenindustriellen durch eine Heraufsetzung der Eisenpreise herbeizuführen und die Regierung konnte sich der Berechtigung dieser Maßnahme nicht verschließen. Fast eine unmittelbare Fortsetzung erfuhren nun diese Auseinandersetzungen durch einen Streik, der in der eisenverarbeitenden Industrie Mitteldeutschlands ausbrach. Daß es dazu kam, liegt wohl zum großen Teil daran, daß der staatliche Apparat des Schlichtungswesens nicht ordentlich und schnell funktionierte. Gegenüber der Forderung einer Lohnerhöhung der Gewerkschaften um 15 Pfennig hatte der Schlichter 3 Pfennig für die Arbeitsstunde mehr bewilligt, aber die Arbeitgeber konnten beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches nicht durchsetzen. Da nämlich bereits zahlreiche Betriebe in den Streik getreten waren, glaubte der Reichsarbeitsminister, daß eine solche Verbindlichkeitserklärung praktisch unwirksam bleiben würde. Die Gewerkschaften kommen nämlich dann, wenn eine solche Verbindlichkeitserklärung erfolgt, die Arbeiter aber zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu bewegen sind, in eine recht üble Lage, weil der Streik dann zu einem „wilden" wird, Streikunterstützungen also nicht gezahlt werden dürfen. Wenigstens können die Gewerkschaften dann auf gerichtlichem Wege haftbar gemacht werden. Da der Streik in Mitteldeutschland schon einige Zeit währte, auch in der schon immer von Kämpfen durchtobten Berliner Metallindustrie sich allerhand Ähnliches vorzubereiten schien, hat jetzt der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller die Gesamtaussperrung in der deutschen Metallindustrie zum 22. Februar beschlossen. Damit würden 800 000 Arbeiter gezwungen sein, die Arbeit niederzulegen.

Selbstverständlich hat diese Ankündigung einer „Sympathieaussperrung" sehr erhebliches Aufsehen erregt, da wir ja überhaupt anscheinend vor einem Massenkampf in der deutschen Schwerindustrie stehen. Denn auch im Bergbau gärt es schon sehr bedenklich; seit längerer Zeit sind die Abkommen gekündigt und die Bergarbeiterschaft hat sehr erhebliche Forderungen hinsichtlich Lohnerhöhung und Arbeitszeiverkürzung gestellt. Wieweit das Schlichtungsverfahren unter solchen Umständen überhaupt noch zu wirken vermag, läßt sich vorläufig nicht absehen, da sich besonders auf Arbeitgeberseite überhaupt sehr starke Widerstände gegen dieses Zwangsverfahren geltend machen. Man ist dort der Ansicht, daß das jedesmalige Eingreifen des Staates in die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dem Wesen des freien Tarifvertrages widerspricht, daß nur zwischen diesen beiden Gruppen Vereinbarungen über Lohn und Tarif getroffen, gegebenenfalls ausgekämpft werden müssen. Andererseits aber üben solche Massenkämpfe doch eine so große Wirkung auf die gesamte Wirtschaftslage des Staates aus, ihre Folgen können derartig verheerende sein, daß man das Eingreifen des Staates als lebensnotwendig um so mehr betrachten muß, als ja Deutschland schwerste Verpflichtungen nach außen hin hat. Vor dem Kriege war es anders: damals konnte ein freies Wettspiel der Kräfte erfolgen, ohne daß gleich fast die ganze Struktur des Staates bedroht wurde.

Schließlich aber sollten doch beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, etwas aus dem größten Wirtschaftskampf der letzten Jahre, dem englischen Bergarbeiterstreik nämlich, gelernt haben, der dem Wirtschaftsleben Englands schwerste, noch jetzt blutende Wunden schlug. Beide sind sie nicht glücklich geworden, weder die Arbeiter noch die Unternehmer. Und über das eine muß man sich auch klar sein: viele Zeichen sprechen dafür, daß die Zeit der wirtschaftlichen Hochtonjunktur sich sehr schnell ihrem Ende nähert. Damit wird sie auch noch besonders ungünstig für die Austragung solch großer Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, wie sie zum mindesten geplant sind.

Gegen die Riesenaussperrung.

Der Gesamtvorstand des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter erläßt zu dem Aussperrungsbeschluß in der deutschen Metallindustrie eine Erklärung, aus der ersichtlich ist, daß er gewillt ist, den Kampf gemeinsam mit dem freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverband durchzuführen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat eine Sitzung seines Beirats nach Stuttgart einberufen, um zu der Erklärung der Arbeitgeber Stellung zu nehmen. Wie erklärt wird, ist er finanziell für den Kampf durchaus gerüstet.

Die sächsischen Wirtschaftskreise sind, wie aus Dresden bekannt wird, wegen der drohenden Aussperrung der Metallarbeiter in besonderer Sorge; denn ein volles Drittel der von der Aussperrung bedrohten 800 000 Arbeiter ist in sächsischen Betrieben beschäftigt.

Man hofft daher hier dringend, daß die Reichsregierung sich nicht mit weiterem Abwarten begnügt, sondern schnellstens eingreift, um eine Erweiterung des mitteldeutschen Konfliktes unter allen Umständen zu verhüten.

Reichstagswahl wahrscheinlich im Mai.

Entscheidung bis Mittwoch vertagt.

Dienstag früh begannen im Reichstag die abermaligen Beratungen des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien. Zwei Stunden lang unterhielt man sich noch einmal über die strittigen Paragraphen des Schulgesetzes, ohne daß man zu einem wesentlichen Resultat kam. Es wurde vereinbart, die Fraktionen sollten die Einzelheiten ebenfalls noch durchsprechen, worauf Mittwoch der Interfraktionelle Ausschuß zum drittenmal tagt. Jedenfalls überwog der Eindruck, alle Verhandlungen über das Schulgesetz seien endgültig als gescheitert zu betrachten und daß dem Ausschuß nichts übrigbleiben wird, als diese Tatsache zu konstatieren. Herr von Guérard, der im Augenblick maßgebende Führer des Zentrums, soll vorgeschlagen haben, nach der Reichstagsauflösung die Neuwahlen im Mai vornehmen zu lassen. Die anderen Parteien hofft man für diesen Termin zu gewinnen.

Aus den Fraktionssitzungen der beteiligten Parteien, die Dienstag nach Vertagung des Interfraktionellen Ausschusses abgehalten wurden, drang nichts Erhebliches an die Öffentlichkeit. Es besteht die größte Wahrscheinlichkeit für ein

einstweiliges Weiterbestehen der Regierung

bis nach der Erledigung des Reichshaushalts, des Nachtragsetats, der Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft und vielleicht des Kriegsschädengesetzes. Ausscheiden würde allerdings die vorbereitete Reform des Strafrechts. Diese Arbeiten würden bis Ende März zu erledigen sein. Bei der noch nicht feststehenden Zustimmung der übrigen Parteien wäre, wie man zuverlässig hört, das Zentrum bereit, unter diesen Bedingungen seine Minister in der Reichsregierung zu belassen.

Wenn diese Pläne reifen, würde dann das Kabinett dem Reichspräsidenten vorschlagen, die Auflösung des Reichstages auszusprechen und die Neuwahlen ausschreiben zu lassen.

Es heißt, daß Reichskanzler Marx sich mit dem Vorschlag des Zentrums einverstanden erklärt und seine Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, in dem geschilderten Sinne zu wirken. Es soll im Reichstag bei den noch zu bewältigenden Aufgaben mit größter Beschleunigung vorgegangen und namentlich die Begrenzung der Reden auf das Notwendigste vorgenommen werden. Mit der Verabschiedung des genannten gesetzgeberischen Stoffes wäre auch den in dem Reichspräsidentenbrief an Marx ausgesprochenen Wünschen entsprochen. Die in den letzten Tagen ausgesprochene Idee eines Beamtenministeriums scheint fallen gelassen zu sein.

Der Offiziersersatz in Deutschland.

General Gröner über die Reichswehr.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages behandelte Reichswehrminister Gröner Fragen, die im Laufe der Ausschußverhandlungen über die Reichswehr von den verschiedenen Rednern aufgeworfen worden waren. Zunächst kam er auf das Offizierskorps zu sprechen. Er betonte dabei, daß nicht Herkunft, soziale Verhältnisse und Examina für die Einstellung der Offiziersanwärter maßgebend sein dürften, sondern der Charakter und der ganze Mensch. Allerdings müßte

ein bestimmtes Bildungsniveau

zur Einstellung in das Offizierskorps vorhanden sein. Für Nichtabiturienten und Volksschüler sei es schwierig, sich den nötigen Bildungsgrad zu verschaffen. Was den Offiziersersatz anbelangt, so müßte der Minister das letzte Wort dabei sprechen. Der Prozentsatz des Adels in der Reichswehr betrage 20 Prozent gegenüber 31 Prozent im alten Heere. Der

Laufbahn nicht den anderen Offizieren
e er
otten.
n müsse die Reichs-
Schwarz-Rot-Gold
uch wiederholt aus-
bund bezeichnet sich
ereine haben ihren
ahre 1927 seien 178
n das Reichswehr-
rden haben sich 144
erklärte weiter, daß

blik zu sprechen.
so aufgesetzt wird,
uen Staate zu
Schluß, daß unsere
n wie 300 000 vor

einen Städte.
städtebundes.
organisation der
gen über die Höhe
en in 925 Mittel-
ern mit einer Ge-
Einwohnern ge-

515 der befragten
gen aufgenommen
twa 96 Millionen

Mark beliefen. Etwa 33 Millionen Mark oder 35 Prozent der Schuldsumme dienen Wohnungs- und Siedlungszwecken, 16 Millionen oder 17 Prozent wurden Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken sowie sonstigen werbenden Betrieben zugeführt und ebenfalls etwa 16 Millionen Mark oder 17 Prozent sind für Straßen-, Brücken-, Kanalisations- und andere Tiefbauarbeiten und für Notstandsarbeiten aufgenommen worden.

In Anbetracht dieser durchaus dringlichen Zwecke weist der Reichsstädtebund in einer Eingabe an den Reichsfinanzminister und an den Reichsbankpräsidenten darauf hin, bei den Entschließungen über die Abdeckung der kurzfristigen Anleihen durch Auslandsanleihen auch die Mittel- und Kleinstädte gebührend zu berücksichtigen. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes wird sich am 16. und 17. d. M. anläßlich seiner Tagung mit der Frage beschäftigen.

Zwischenkredite für Kleinwohnungen.

Entschließung des Wohnungsausschusses.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages nahm eine Entschließung an, die dem Haushaltsausschuß des Reichstages zugeleitet werden wird. In ihr wird der Reichsarbeitsminister ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister zur Förderung der Gewährung von Zwischenkrediten für den Kleinwohnungsbau sich bis zu einem Betrage von zehn Millionen Reichsmark an einer Kapitalerhöhung der Deutschen Bau- und Bodenbank A.-G. in Berlin zu beteiligen. Das Reich muß am Gesamtkapital mit mindestens 51 Prozent beteiligt sein. Ferner soll die Bürgschaft bis zu einem Betrage von 200 Millionen Reichsmark an diese Bank übernommen werden. Die Summe soll zu Zwischenkrediten für den Kleinwohnungsbau verwendet und im Rechnungsjahr 1928 aufgenommen werden. Voraussetzung für die Gewährung der Zwischenkredite ist die Sicherstellung der völligen Finanzierung des Bauvorhabens. Die Hauszinssteuer muß bewilligt und der Nachweis des Eigenkapitals erbracht sein

Polens Handel mit Deutschland.

Das Interesse der Landwirte.

Der polnische Landwirtschaftsminister hielt beim Empfang einer Abordnung polnischer Landwirteorganisationen in Warschau eine beachtenswerte Rede. Die polnischen Landwirte hatten dargelegt, daß sie an einem polnisch-deutschen Handelsvertrage nur dann Interesse hätten, wenn ein solcher Vertrag die Ausfuhr polnischer landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland auch erleichtere.

In seiner Antwort führte der Landwirtschaftsminister aus, daß man einen deutsch-polnischen Handelsvertrag am kürzesten charakterisieren könne: Die Einfuhr deutscher Industrierzeugnisse nach Polen sowie die von polnischen landwirtschaftlichen Produkten und polnischer Kohle nach Deutschland ist zu umreißen, der Umfang des beiderseitigen Umsatzes muß aber mehr oder minder der gleiche sein. Deshalb ist, vom polnischen Gesichtspunkt aus gesehen, ein Vertrag mit Deutschland nur dann möglich, wenn den landwirtschaftlichen Erzeugnissen Polens die Ausfuhr nach Deutschland gesichert ist. Die deutschen wirtschaftlichen Kreise müssen sich vergegenwärtigen, daß ohne Ermöglichung der Ausfuhr polnischer landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland ein deutsch-polnischer Handelsvertrag für Polen nicht von Interesse ist, zumal die Ackerbautreibenden in Polen zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen.

Der Minister betonte schließlich, daß die polnische Landwirtschaft nicht die Absicht habe, ihre Forderungen zu überspannen, um dadurch eine Krise in der deutschen Landwirtschaft hervorzurufen. Er spricht die Hoffnung aus, daß bei entsprechender Behandlung eine Verständigung gelingen werde.

Führertagung des Landarbeiterbundes.

Ansiedlung von Landarbeitern.

Der Reichslandarbeiterbund hielt eine Führertagung in Berlin ab. Über „Die Bedeutung intensiver Landwirtschaft für unser Volk und für die Landarbeiterschaft" sprach Abgeordneter Frhr. v. Richthofen-Boguslawitz. Er forderte, daß Arbeitslosenunterstützung nur an die bezahlt werden dürfe, die andere Arbeit nicht erhalten können. Über „Die Landarbeitsforschung als Hilfsmittel intensiver Wirtschaftsweise" sprach Prof. Dr. Derlitzki, Direktor der staatlichen Versuchsanstalt Pommritz i. Sa. Reichstagsabgeordneter Paul Giese hielt ein Referat über „Landarbeitersiedlung als Aufstiegsmöglichkeit für die Landarbeiterschaft". Ein Riegel gegen die Abwanderung sei lediglich eine vernünftige Siedelung, indem fähige Arbeiter auf eigener Scholle als Siedler eingesetzt würden.

Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Not der Landwirtschaft bedroht die Existenz der Landarbeiter. Diese richten daher an die Öffentlichkeit, die Parlamente und die Regierung die ernste Mahnung, alles zu tun, was irgend möglich ist, um die drohende Agrarkatastrophe zu verhindern. Die bisherige Siedlungstätigkeit hat der Landarbeiterschaft durchweg nur Nachteile gebracht. Es wird daher Wiederherstellung der Rentabilität aller landwirtschaftlicher Arbeit und vermehrte Ansiedlung von tüchtigen Landarbeitern mit Hilfe staatlicher Einrichtungskredite gefordert.

Arbeiter auf das Land!

Größere Bodenständigkeit.

Die Regierungsparteien haben im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280216-14/fragment/page=0005